

Aus:
Ostsee Zeitung

Donnerstag, 17. Februar 2005 | Schönberg und Umgebung

Bürger protestieren gegen Fluglärm

Bürger in der Gemeinde Lüdersdorf protestieren gegen Fluglärm. Sie haben eine Unterschriftenaktion gestartet. Eine Forderung: Nachtflugverbot.

Lüdersdorf/Schönberg Von ländlicher Ruhe kann in Wahrsow kaum die Rede sein. „Wir kriegen im Moment Lärm von allen Seiten“, sagt Bernhard Strutz. Laute Geräusche wehen von A 20 ins Dorf. Lärm kommt aber auch von oben. Übers Dorf brausen Düsenjets. Sie steuern den Flughafen Lübeck-Blankensee an. Wahrsow ist für die Piloten ein Orientierungspunkt. Hinterm Gutshaus steht ein Sendemast. Er ist Teil des Funkfeuers, an dem sich Piloten beim Landeanflug orientieren.

Den Mast aus Wahrsow zu entfernen ist eine Forderung, die Bürger in einer Unterschriftenaktion erheben. „Wir fordern ein neues Planfeststellungsverfahren, um unsere Belange direkt miteinbringen zu können“, heißt es in dem Schreiben, das Bürger heute Abend dem Bauausschuss der Gemeindevertretung überreichen wollen. Es ist überschrieben mit den Worten: „Fluglärm, nein danke.“

In dem Schreiben, das bereits etliche Betroffene unterzeichnet haben, heißt es weiter: „Wir als Einwohner der Gemeinde Lüdersdorf und direkt betroffene Bürger fordern den Bürgermeister und die Gemeindevertretung auf, umgehend gegen den Planfeststellungsbeschluss für den Flughafen Blankensee (Start- und Landebahn) vom Februar 2005 rechtlich und wenn nötig mit anwaltlicher Unterstützung Widerspruch einzulegen. Laut Planfeststellungsbeschluss kann die Rollbahn verlängert werden. Zudem soll es keine Nachtflugbeschränkungen geben.“

Bei Bürgermeister Dr. Erhard Huzel (CDU) laufen die Betroffenen offene Türen ein. Er befasst sich seit längerem mit dem Thema. „Ich bin in ständigem Kontakt mit der Schutzgemeinschaft gegen Fluglärm Lübeck und Umgebung“, sagt Huzel. Kontakt halte er auch zur stark betroffenen Gemeinde Groß Grönau. „Ich werde das Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung setzen“, sagte Huzel gestern auf Anfrage der OZ. Die Sitzung werde voraussichtlich am 2. März stattfinden.

Interesse an den Zuständen östlich der Landesgrenze zwischen Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern zeigt Klaus-Dieter Schlke, Vorsitzender der Schutzgemeinschaft gegen Fluglärm Lübeck und Umgebung. Er kritisiert, wie der Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein das Planfeststellungsverfahren durchgezogen hat: „In Mecklenburg-Vorpommern wurde die Bevölkerung von offizieller Seite nicht informiert, obwohl die Planfeststellungsunterlagen eine Lärmbetroffenheit bis nach Schönberg ausweisen.“ Schönbergers Bürgermeister Michael Heinze (PDS) bestätigt: „Wir sind nicht beteiligt worden.“

JÜRGEN LENZ